

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Planen und Bauen	Datum 26.05.06	
Niederschrift	Schriftführer Friedhelm Assmann	Telefon-Nr. 02202/141428
Planungsausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 23. Mai 2006	
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 20:00 Uhr	
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) Keine	
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis		
Tagesordnung		

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 21.03.2006**
207/2006
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6a. Regionale 2010**
- Mitteilung zum Sachstand
208/2006
- 6b. Regionale 2010, Information zum Masterplan :grün des Regionale-Arbeitskreises "Natur und Landschaft"**
225/2006

7. **Bebauungsplan Nr. 2198 - Am Driescher Kreuz -
- Fortsetzung des Verfahrens**
213/2006
8. **Bebauungsplan Nr. 28/3 - Stadtmitteprojekt - 2. Änderung
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Städtebauliche Verträge I und II
- Beschluss als Satzung**
214/2006
9. **Rahmenplanung Bensberg
- Verkehrsgutachten Knoten Moitzfeld**
209/2006
10. **Bebauungsplan Nr. 1273 - Kleingartenanlage Torringen -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**
210/2006
11. **Bebauungsplan Nr. 2162 - Feuerwache - 2. Änderung
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
212/2006
12. **Bebauungsplan Nr. 2398 - Scheidtbachstraße -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**
215/2006
13. **Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Oberasselborn -
- Beschluss zur Fortsetzung des Verfahrens**
216/2006
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

Herr Sprenger beantragt für die CDU Fraktion die Vertagung des TOP 13 - Klarstellungs- und Ergänzungssatzung 4212 - Oberasselborn –, da die aktuellen Baugesuche bisher unbekannt waren und derzeit nicht gewünscht seien.

Herr Lang spricht sich gegen eine Vertagung aus, da die anwesenden Bürger ein Recht hätten, die Fraktionsmeinungen zu der Thematik zu erfahren.

Sodann lässt Herr Albrecht über den Vertagungsantrag der CDU Fraktion abstimmen. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB)

Der TOP 13 - Klarstellungs- und Ergänzungssatzung 4212 - Oberasselborn – wird in der heutigen Sitzung von der Tagesordnung gestrichen.

Frau Müller-Veit schlägt vor, die Beschlussfassung zu TOP 7 – Bebauungsplan Nr. 2198 – Am Driescher Kreuz – um die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zu erweitern.

Herr Lang beklagt sich darüber, dass die Tagesordnung erweitert werden soll, ohne dass die Ausschussmitglieder vorher informiert wurden.

Herr Albrecht entgegnet, dass Rahmen der Behandlung des TOP 7 seitens der Verwaltung eine ausführliche Begründung zum zusätzlichen Beschlussvorschlag erfolgen werde.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschriften werden genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 21.03.2006

@-> Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Keine

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Herr Schmickler informiert den Ausschuss, dass aufgrund verschiedener Grundstücksgeschäfte (und nach entsprechender Änderung des Bebauungsplanes) im Kreuzungsbereich Straßen/Hecken in Herkenrath voraussichtlich die Realisierung der lange gewünschten Linksabbiegerspur ermöglicht werden kann.

<-@

**6a. Regionale 2010
- Mitteilung zum Sachstand**

@-> Frau Müller-Veit erläutert ausführlich die bisherigen Arbeiten im Rahmen des Projekts „stadt: gestalten“ (Innenstadt), stellt die Themenschwerpunkte vor und berichtet insbesondere über die Ergebnisse der Entwurfswerkstatt (Workshop unter Mitwirkung der Verwaltung, 6 beauftragten Planungsbüros und weiteren Experten der Regionale 2010). Sie weist darauf hin, dass es sich bei diesen Ergebnissen noch nicht um Entwürfe, sondern lediglich um Ansätze handelt, die weiterentwickelt werden müssen. Ziel sei nun die Erarbeitung eines Dossiers zur Qualifizierung des Modellprojektes in Projektkategorie A, welche wiederum die Voraussetzung zum Erhalt von Städtebaufördermitteln darstellt. Mit den ersten Umsetzungen der Vorschläge sei dann ab 2010 zu rechnen.

Im Folgenden stellt Frau Müller-Veit anhand von Schaubildern die Planungsansätze der beteiligten Planungsbüros zu den beiden Themenschwerpunkten (Bahnhofsumfeld und Landschaftskulturdreieck) vor. Diese Planungsansätze werden nun weiter mit dem Ziel untersucht, möglichst frühzeitig über konkrete Vorschläge beraten zu können.

Herr Dr. Baeumle-Courth bekräftigt die Notwendigkeit von Visionen, würdigt die Arbeit der Entwurfswerkstatt und begrüßt die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in den Neugestaltungsprozess der Innenstadt.

Auch Herr Albrecht, Frau Neuheuser-Königs und Herr Neu zeigen sich erfreut über die vielen guten Anregungen als Grundlage für die weiteren Planungsschritte.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass es im weiteren Verfahren nicht einfach werden wird, radikale visionäre Vorstellungen zu verwirklichen, da viele Interessen zu koordinieren sind und auf gewachsene Strukturen Rücksicht genommen werden müs-

se.

<-@

6b. Regionale 2010, Information zum Masterplan :grün des Regionale-Arbeitskreises "Natur und Landschaft"

@-> Herr Schmickler bewertet den Masterplan :grün als die Verbindung zwischen dem Gebietsentwicklungsplan und dem in Aufstellung befindlichen Landschaftsplan (derzeit Landschafts- und Naturschutzverordnungen). Anschließend erklärt Herr Schmickler kurz den Sachstand, die Bedeutung im Hinblick auf die konkrete Planungsarbeit und die Ziele dieses Regionaleprojektes.

Herr Leuthe ergänzt diese Einführungen und erläutert kurz die schriftliche Vorlage.

Auf Anfrage von Frau Graner teilt Herr Schmickler mit, dass sich der Masterplan :grün noch in der Entwicklung befindet, die einzelnen zugrunde liegenden Aspekte des Planes jedoch bereits jetzt Einfluss nehmen auf die nachgeordneten planerischen Aktivitäten. Insofern teilt Herr Schmickler nicht die Befürchtung, dass die Arbeiten an diesem übergeordneten Planungsinstrument zu spät in Angriff genommen wurden.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth zu einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erklärt Herr Leuthe, dass weiter intensiv über Öffnungsmöglichkeiten der Strunde nachgedacht werde während Herr Schmickler ergänzt, dass derartige Überlegungen allerdings thematisch nicht in den Masterplan gehören.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Masterplan :grün zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss als Stadtentwicklungsausschuss die Zustimmung zum vorliegenden Masterplan.

<-@

@->

<-@

7

**Bebauungsplan Nr. 2198 - Am Driescher Kreuz -
- Fortsetzung des Verfahrens**

@-> Frau Müller-Veit nimmt Bezug auf ihre Ausführungen zu TOP 1 und teilt mit, dass die Verwaltung vorschlägt, heute zusätzlich auch die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu beschließen.

Sodann gibt der Ausschuss dem Architekten, Herrn Johannsen, vom Büro BJA aus Hamburg ausführlich Gelegenheit, die Vorentwurfsplanung für das Projekt „Rhein-Berg Galerie“ anhand von Grundrissplänen vorzustellen.

Nach Auffassung von Herrn Jung umfasst der Begriff „Untere Hauptstraße“ den Bereich der Hauptstraße im Bereich der Einmündung der Richard-Zanders-Straße. Insofern ist die Bezeichnung des Areals der „RheinBerg Galerie“ im Beschlussvorschlag und den textlichen Erläuterungen irreführend. Er schlägt vor, diesen Bereich zur Vermeidung von Missverständnissen mit „Untere Fußgängerzone“ zu bezeichnen.

Frau Hammelrath teilt mit, dass die SPD Fraktion sowohl der Fortsetzung des Verfahrens als auch der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zustimmen werde. Bezugnehmend auf einen Hinweis von Herr Jung bittet Frau Hammelrath darum, die Verkehrsplanung für den Bereich Driescher Kreuz in der Ratssitzung am 08.06.2006 vorzustellen.

Nach Ausführung von Frau Hammelrath kommt der angedachten Rampe zum Parkdeck und der Fassadengestaltung im Bereich der Fußgängerzone in gestalterischer Hinsicht eine große Bedeutung zu. Eventuell sei eine Rampennutzung mit zusätzlichen Funktionen möglich. Sie bittet darum, im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung verschiedene denkbare Varianten vorzustellen.

Frau Neuheuser-Königs ist der Auffassung, dass bei der vorliegenden Vorentwurfsplanung die städtebaulichen Anforderungen keine ausreichende Berücksichtigung finden und bedauert, dass die Lösung der Verkehrsproblematik nicht schon in dieser Sitzung vorgestellt werden kann. Die KIDinitiative wird den Beschlussvorschlägen nicht zustimmen.

Nach Ausführungen von Herrn Dr. Baeumle-Courth sei es wichtig, die optische Massivität des Gebäudekorpus mit einer ansprechenden offenen und hellen Gestaltung der Fassade unter Verwendung von viel Glas zu minimieren.

Des Weiteren sei es wichtig, im Hinblick auf eine einheitlich abgestimmte Planung auch die andere Seite der Fußgängerzone „Hauptstraße“ nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Dr. Baeumle-Courth verweist darauf, dass auch der Gestaltung des Andienungsbereich eine große Bedeutung zukomme, da diese Fassadenfront den Eindruck und die Entree Wirkung aus Richtung „Driescher Kreuz“ wesentlich beeinflussen wird. Auch Herr Dr. Baeumle-Courth stimmt der Forderung von Frau Hammelrath auf Vorlage der Verkehrsplanung für den Knoten „Driescher Kreuz“ in der Ratssitzung zu. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung sei nur in Kenntnis der Lösungsvorschläge für die Verkehrsproblematik möglich.

Er würde es begrüßen, wenn alternativ zu einer Parkdeckzufahrt über eine Rampe andere Möglichkeiten untersucht und vorgestellt werden könnten.

Herr Sprenger schließt sich den Ausführungen von Frau Hammelrath und Herrn Dr. Baeumle-Courth an und teilt mit, dass auch die CDU Fraktion den Beschlussvorschlägen zustimmen werde.

Herr Lang wiederholt seine unter TOP 1 vorgebrachten Bedenken hinsichtlich der Erweiterung der Tagesordnung um die frühzeitige Bürgerbeteiligung. Seiner Ansicht nach sei eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in Unkenntnis der verkehrlichen Lösungen und konkreter Gestaltungspläne zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Nach Auffassung von Herrn Lang müsse der Bebauungsplan „Am Driescher Kreuz“ in seiner Gesamtheit und nicht nur für ein verkleinertes Plangebiet diskutiert werden. Für Herrn Lang stellen sich abschließend die Fragen, inwiefern der Investor an den Kosten des Umbau des Kreisels und/oder der Parkdeckzufahrt (Rampe) zu beteiligen ist und inwiefern die „Marktpläne“ des Architekten für „RheinBerg Galerie“ Einfluss auf den traditionellen Wochenmarkt haben könnte.

Frau Graner begrüßt es, wenn der Bürgerschaft zu diesem frühen Zeitpunkt Gelegenheit gegeben wird, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung auf die Gestaltung des Projektes Einfluss zu nehmen. Sie hält die Verkehrsproblematik für lösbar und ver-

weist auf auswärtige Beispiele, bei denen architektonisch zufriedenstellende Rampenlösungen gefunden wurden.

Herr Jung hält es für schwierig, die Erfordernisse einer funktionellen Andienung und dessen ansehnlicher architektonischer Gestaltung in Einklang zu bringen.

Herr Kautz schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Baeumle-Courth an, der die Auswirkungen der Fassadengestaltung auf die Entree Wirkung aus Sicht des Driescher Kreuzes und die andere Seite der Fußgängerzone „Hauptstraße“ hervorhebt.

Herr Schmickler macht deutlich, dass die Anregungen entgegen genommen werden, dass es aber derzeit zu früh sei, über konkrete Gestaltungsfragen zu diskutieren. Außer den Hinweisen aus Reihen der Fraktionen würden sicherlich auch die Ergebnisse der Planungswerkstatt der Regionale 2010 bei der Gestaltung der Fassade, des Kreisels und der Rampe eine wesentliche Rolle spielen.

Hinsichtlich der Finanzierung weist Herr Schmickler darauf hin, dass der Umbau des Knotenpunktes „Am Driescher Kreuz“ nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz zu beurteilen sei. Es sei davon auszugehen, dass im Rahmen der Vereinbarungen über die Baumaßnahme auch über die Kostenverteilung zwischen allen Beteiligten gesprochen werde.

Frau Müller-Veit zeigt den Anwesenden ein Foto des zweispurigen Kreisels in Leverkusen und teilt mit, dass eine ähnliche Lösung auch am Driescher Kreuz denkbar sei.

Hinsichtlich der Verkleinerung des Plangebietes zitiert Herr Krause noch mal die schriftlichen Darstellungen der Vorlage. Eine Bebauungsplanänderung für den südlichen Teil der Hauptstraße sei demnach derzeit aufgrund fehlender Nutzungskonzepte nicht sinnvoll.

Sodann erläutert Herr Krause die projektbedingte Verkehrsproblematik des Verkehrsknotens „Driescher Kreuz“, die Ergebnisse der durchgeführten Leistungsfähigkeitsüberprüfung und der darin enthaltenen Lösungsansätze. Die Erstellung und Vorlage einer Verkehrslösung (voraussichtlich ein zweispuriger Kreisverkehrsplatz) sei Voraussetzung für die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

Auf Anfrage von Herrn Lang teilt Frau Müller-Veit mit, sie halte es für fraglich, ob bereits zur Ratssitzung am 08.06.2006 Gestaltungspläne der Fassade vorgestellt werden können.

Unter Berücksichtigung der vorgebrachten Anregungen und Forderungen fasst der Ausschuss folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative und der BfBB)

1. Der Planungsausschuss stimmt der vorliegenden Planung für die Errichtung eines Einkaufszentrums (Projektname "RheinBerg Galerie") an der Hauptstraße im Grundsatz zu und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2198 - Am Driescher Kreuz - auf der Grundlage der Vorentwurfsplanung für ein verkleinertes Plangebiet fortzusetzen.
2. Der Planungsausschuss beschließt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

gemäß
§ 3 Baugesetzbuch durchzuführen.

<-@

@->

<-@

8

Bebauungsplan Nr. 28/3 - Stadtmitteprojekt - 2. Änderung

- Beschluss zu Stellungnahmen

- Städtebauliche Verträge I und II

- Beschluss als Satzung

@->

Herr Krause erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen. Er weist auf die wechselseitigen Auswirkungen zwischen der „RheinBerg Passage“ und der „RheinBerg Galerie“ hin und erklärt ausführlich die städtebauliche Verträglichkeit beider Projekte.

Herr Krause teilt mit, dass die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Einwände juristisch eingehend gewürdigt und sorgfältig abgewogen wurden.

Herr Zalfen spricht sich im Namen der SPD Fraktion dafür aus, die vorgesehene Taxihaltspur zwischen dem neuen Fachmarkt und dem geplanten Gebäude auf dem Bahnhofsgelände auf maximal 5 Taxenstellplätze zu beschränken. Ansonsten werde den Beschlussvorschlägen zugestimmt.

Auch Herr Dr. Baeumle-Courth teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Verwaltungsvorschlägen folgen werde. Seiner Ansicht nach sei allerdings zu befürchten, dass sich die bereits jetzt überschrittenen Lärm- und Luftmesswerte nach Umsetzung der Planung weiter verschlechtern werden. Er bittet darum, die Fraktionen frühzeitig mit in die Entscheidung einzubinden, welche Messstandorte dem Landesumweltamt im Rahmen des anstehenden landesweiten Grobscreenings vorgeschlagen werden. Aus gegebenem Anlass bekräftigt Herr Dr. Baeumle-Courth die Bedeutung des Luftreinhalteplans.

Bezogen auf das konkrete Vorhaben macht Herr Dr. Baeumle-Courth deutlich, dass besonderen Wert auf eine optimale Anbindung der Grünen Ladenstraße gelegt werde. Er bittet nochmals darum, den Zugang aus dieser Richtung möglichst großzügig und freundlich zu gestalten. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Gespräche mit dem Löwencenter weitergeführt werden und man sich beiderseitig zufrieden stellend auf eine gemeinsame Planung einigen könnte.

Nach Auffassung von Herrn Kautz gehören Taxisstände nicht in Fußgängerzonen. Er plädiert dafür, die Fußgängerzone gänzlich freizuhalten bzw. die Taxispur auf maximal 5 Fahrzeuge zu begrenzen. Auch Herr Kautz verweist auf die bereits jetzt überschrittenen Messwerte und befürchtet eine weitere Verschlechterung durch die prognostizierte Verkehrszunahme von ca. 2.000 Fahrzeugen pro Tag. Bei der weiteren Planung müsse besonders darauf hingewirkt werden, die zu erwartenden Belastungen möglichst zu minimieren.

Herr Lang wiederholt nochmals die Forderung der Fraktion BfBB, die Erschließung des Parkhauses über eine parallel zur Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße in Richtung Jakobstraße verlaufende, hinter dem geplanten Gebäude am Kopfende des Bahnhofes entlang führende, neue Planstraße vorzusehen. Bei einer solchen Lösung könne die Stationsstraße abgebunden werden. Die seinerzeitigen Argumente der Verwaltung

hätten ihn nicht überzeugt. Er plädiert dafür, entsprechende Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zu führen.

Auf Anfrage von Herrn Lang zur juristischen Beurteilung der vorgebrachten Bedenken teilt Frau Müller-Veit mit, dass Bebauungspläne häufig einer Normenkontrolle unterzogen werden. Die unterschiedlichen Rechtspositionen seien ausführlich gewürdigt und gründlich abgewogen worden, sodass man seitens der Verwaltung von einer relativen Rechtssicherheit in Bezug auf die Rechtmäßigkeit des noch zu fassenden Satzungsbeschlusses ausgehe.

Frau Müller-Veit erläutert, dass die Verwaltung die vorgebrachten Bedenken gegen den beabsichtigten Taxistand zur Kenntnis nehme und dass Wert darauf gelegt werde, die Situation zukünftig zu ordnen.

Sodann lässt Herr Albrecht über die Beschlussvorschläge abstimmen. Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB)

I. Die im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 28, Teil 3 - Stadtmittelpunkt - 2. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgebrachten Anregungen der Einwender

- B 1 A. und W. Buhrow Grundstücksgemeinschaft werden nicht berücksichtigt,
- B 2 Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein Taxi-Mietwagen e.V. werden berücksichtigt,
- B 3 aurelis Real Estate GmbH & Co. KG, Region West, werden berücksichtigt,
- B 4 K.W. Immobilien-Gesellschaft mbH & Co.b.R., vertreten durch die Rae Cornelius, Bartenbach, Haesemann & Partner, werden nicht berücksichtigt,
- T 1 Rheinisch-Bergischer Kreis werden nicht berücksichtigt,
- T 2 Rheinischen NETZGesellschaft mbH werden berücksichtigt,
- T 3 Geologischer Dienst NRW - Landesbetrieb werden berücksichtigt,
- T 4 Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege werden berücksichtigt.
- T 5 Bezirksregierung Arnsberg Abteilung 8 Bergbau und Energie in NRW werden berücksichtigt,
- T 6 Industrie- und Handelskammer zu Köln werden teilweise berücksichtigt,
- T 7 RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice werden zur Kenntnis genommen,
- T 8 Staatliches Umweltamt Köln werden zur Kenntnis genommen.

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den Städtebaulichen Vertrag I in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den Städtebaulichen Vertrag II in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

IV. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7

und 41 Gemeindeordnung NW den Bebauungsplan Nr. 28, Teil 3 – Stadtmitteprojekt - 2. Änderung als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@

@->

<-@

**9 Rahmenplanung Bensberg
- Verkehrsgutachten Knoten Moitzfeld**

@->

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth führt Frau Sick-Adenauer aus, dass zwischenzeitlich ein Lärmgutachten für den Bereich Obereschbach vorliege, welches aber noch nicht ausgewertet sei.

Frau Müller-Veit ergänzt, dass je nach Abschluss der noch ausstehenden Verhandlungen damit zu rechnen sei, dass dem Ausschuss in der nächsten oder übernächsten Ausschusssitzung eine Auswertung vorgelegt werden könne.

Herr Dr. Bäumle-Courth bittet darum, der Ausschuss möge eine Resolution an das Land NW mit folgendem Inhalt beschließen:

„Der Planungsausschuss der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung am 23.05.2006 die Notwendigkeit eines Ausbaus des bereits heute überlasteten Verkehrsknotens Overather Straße / Friedrich-Ebert-Straße in Bergisch Gladbach betont. Der Ausschuss fordert das Land NW auf, den zuständigen Landesbetrieb Straßen NW damit zu beauftragen, diesen Ausbau zeitnah und in enger Abstimmung mit der Stadt Bergisch Gladbach in Angriff zu nehmen“

Auch wenn in diesem Fall der Verkehrsknoten Auswirkungen auf eine Landesstraße und die Autobahn hat, reiche es nach Ausführungen von Herrn Schmickler erfahrungsgemäß aus, den Landesbetrieb Straßenbau NW, Niederlassung Gummersbach, mit der Resolution zu befassen.

Sodann lässt Herr Albrecht über die Resolution abstimmen. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

„Der Planungsausschuss der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung am 23.05.2006 die Notwendigkeit eines Ausbaus des bereits heute überlasteten Verkehrsknotens Overather Straße / Friedrich-Ebert-Straße in Bergisch Gladbach betont. Der Ausschuss fordert das Land NW auf, den zuständigen Landesbetrieb Straßen NW damit zu beauftragen, diesen Ausbau zeitnah und in enger Abstimmung mit der Stadt Bergisch Gladbach in Angriff zu nehmen“

<-@

**10 Bebauungsplan Nr. 1273 - Kleingartenanlage Torringen -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**

@-> Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 1273 - Kleingartenanlage Torringen - 1. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen der Träger öffentlicher Belange

- T 1 Landschaftsverband Rheinland wird entsprochen,
- T 2 Rheinisch Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
- T 3 PLEdoc GmbH wird entsprochen.

II. Der Bebauungsplan Nr. 1273 - Kleingartenanlage Torringen - 1. Änderung wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@

@->

<-@

**11 Bebauungsplan Nr. 2162 - Feuerwache - 2. Änderung
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

@-> Frau Neuheuser-Königs und Herr Sprenger begrüßen übereinstimmend das überarbeitete Entwicklungskonzeptes des Evangelischen Krankenhauses.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 2162 – Feuerwache – 2. Änderung auf der Grundlage des überarbeiteten Vorentwurfs und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses fortzusetzen.

<-@

@->

<-@

**12 Bebauungsplan Nr. 2398 - Scheidtbachstraße -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**

@-> Herr Löhlein teilt mit, dass die Bauvoranfrage zur Reihenhausbebauung nach dem Beschluss zur 3. Öffentlichen Auslegung zurückgezogen wurde.

Auf Anfrage von Herrn Kremer zur Anregung der Rechtsanwälte Bietmann teilt Herr Löhlein mit, dass das Staatliche Umweltamt Köln gemeinsam mit der Stadt die Auffassung vertritt, dass zum Schutz des vorhandenen Gewerbegebietes verhindert werden müsse, dass in unmittelbarer Nähe eine Wohnbebauung zugelassen werde.

Sodann fasst der Ausschuss folgende

Beschlüsse: (einstimmig bei einer Enthaltung der BfBB)

<-@

- @->** I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 2398 – Scheidtbachstraße – gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingereichten Anregungen von
- B 1 Bietmann Rae i.V. von Herrn Dr. Rolf Bietmann wird nicht entsprochen,
T 1 der IHK wird teilweise entsprochen
T 2 des Einzelhandelsverbandes wird teilweise entsprochen
T 3 des Rheinisch-Bergischen Kreises wird nicht entsprochen.
- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Bebauungsplan Nr. 2398 – Scheidtbachstraße – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

<-@

13 Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Oberasselborn -
- Beschluss zur Fortsetzung des Verfahrens

- @->** Es wird verwiesen auf den Beschluss unter TOP 1. Die Beschlussfassung zu TOP 13 wurde vertagt.

<-@

@-> **<-@**

14 Anfragen der Ausschussmitglieder

- @->** Auf Anfrage von Herrn Neu erklärt Frau Müller-Veit, dass es beim Bebauungsplanverfahren Buchmühle bei den Verhandlungen zur konkreten Umsetzung der Bebauung zu Verzögerungen gekommen sei. Inwiefern der Bebauungsplan geheilt werden kann, hängt derzeit von der Umsetzbarkeit der Verhandlungsergebnisse ab.

Auf Anfrage von Herrn Sprenger hinsichtlich des Bebauungsplanverfahrens Am Milchbornbach teilt Frau Müller-Veit mit, dass dieses Verfahren keine Priorität genieße und aufgrund des knappen Personals zugunsten anderer Maßnahmen zurückgestellt werden müsse.

Auf Anfrage von Herrn Kremer zur Außenfassade am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium teilt Frau Müller-Veit mit, dass die ursprünglich vorgesehene Beseitigung der Fassadenplatten technisch schwierig gewesen wäre und zu einer Kostenexplosion geführt hätte. Aus diesem Grunde habe man Alternativen untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es günstiger sei, das Mauerwerk zu verstärken und die Fassadenplatten zu „verdübeln“.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Kremer zur Parkplatzsituation im Bebauungsplangebiet Buchmühle teilt Frau Müller-Veit mit, dass durch den Wegfall der Aufstockungsmöglichkeit des Parkdecks Schnabelsmühle die gesamte Parkplatzsituation neu überdacht werden müsse.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baemle-Courth zur Nutzung des Geländes des Landschaftsverbandes an der Kölner Straße informiert Frau Müller-Veit, dass es Interessen gebe, mit denen derzeit vielversprechende Gespräche hinsichtlich einer Wohnnutzung geführt werden.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:59 Uhr.

<-@

Vorsitzender

Schriftführer